



Biwöchlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Post 2 Thlr. 15 Gr. — Inserationsgebühr für den Raum einer
sechsheligen Zelle in Beitragsliste 2 Gr.

Abonnement: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
amtlichen Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 292 Mittag-Ausgabe.

Vierundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 26. Juni 1873.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Berhandlungen.

62. Sitzung des Reichstages. (25. Juni.)

10 Uhr. Am Ende des Bundesrates Delbrück, v. Kämmerer u. A. Reichskanzler kenntnis davon genommen, daß höhere Postbeamte mehrfach aus den unter dem Schutz des Briefgeheimnisses stehenden Listen der Abnehmer der durch die Post beförderten Zeitungen die Namen unterer Beamten ermittelten und denselben dientlichen Vorhalte darüber gemacht haben, daß sie auf Zeitungen absonnierten, welche ihren Vorgesetzten mißliebig erscheinen? Beabsichtigt derselbe, Maßregeln zu ergreifen, welche die Weiterholung solcher Vorgänge verhindern, die neben einer Verleugnung des Briefgeheimnisses eine unzulässige Beeinflussung der Reichsbeamten enthalten? Zwischen dem Generalpostdirector Stephan und dem Herausgeber der in Berlin erscheinenden Wochenschrift „Deutsche Post“ ist ein sehr heftiger Streit entbrannt, dessen Einzelheiten der Petitionsbericht näher angibt. Ich habe keine Veranlassung zu unterrichten, auf welcher Seite in diesem Streit das Recht ist. Gengen, in Folge des Streites hat der Generalpostdirector verlangt, daß die Postbeamten das Blatt die „Deutsche Post“ nicht mehr lesen sollen, und um diesem Verlangen Nachdruck zu geben, ist eine Reihe von Fällen constatirt, in denen oberste Postbeamte die Abonnementslisten der Zeitungen, die durch die Post befördert werden, durchgelesen, sich die Namen der abonnierten Beamten notirt (hört! links) und denselben dientlichen Vorwürfe und Androhung gemacht. (Hört! hört! links.)

Folgende vier Fälle sind constatirt: Der General-Post-Director Herr Stephan hat im November 1872 in Bartenstein auf der dortigen Post-Unterstall sich das Zeitungsstellbuch vorlegen lassen, sich die Namen zweier dort beschäftigter und als Abonnenten eingetragener Postbeamten notirt und ihnen erklärt: „Sie sollen die Bibel lesen, aber nicht dieses Blatt.“ (Hört! links, Heiterkeit. Sehr gut! rechts.) Eben dasselbe hat Herr Stephan im März dieses Jahres in Neidenburg gethan und auch dort den notirten Beamten gefragt: „Lesen Sie lieber die Bibel.“ (Heiterkeit.) Ebenso hat der Geheimer Oberpoststrath Sachse am 11. März dieses Jahres sich in Frankfurt a. M. die dortige Abonnementliste vorlegen lassen und den abonnierten Beamten Vorwürfe gemacht, daß sie ein solches „Schandblatt“ lesen. (Hört! links.) Ähnliche Ausdrücke und schwere Vorwürfe an die abonnierten Beamten sind nach Einigkeit in die Abonnementliste von dem Geheimen Poststrath Budde auf einer Inspectionskreise in Köln gethan worden. Ständen diese Vorgänge und Neuverordnungen vereinzelt da, so würden wir kein Wort darüber verlieren. Aber sie beruhen offenbar, wie durch Zeugen und Thatsachen bewiesen werden kann, auf einem Prinzip, auf einer von obenher gegebenen Instruktion. So z. B. hat der wegen seiner beleidigenden Äußerungen an die Beamten verjährige Geheimer Oberpoststrath Sachse in seiner Antworturkunde erklärt: „Ihr könnt mich gar nicht verklagen, denn ich habe im speziellen und directen Auftrage meiner hohen Vorgesetzten gehandelt. (Hört! hört! links.)

Meine Herren! Es ist unzweifelhaft, daß in dieser Handlungswise eine im höchsten Grade ungefährliche Beeinflussung und Schädigung der Postbeamten liegt. Beide Postbeamten, denen Jedermann das höchste Vertrauen in den wichtigsten Angelegenheiten schenken muß, werden hier in verlegernder Weise bedormdet, was sie vribatzen lesen sollen. Sie werden mit Maßregelungen bedroht, und man will es zu Wege bringen, daß gebildete und hochgeachtete Männer zu willenlosen Objekten der oberen Behörden begründet werden. (Sehr wahr! links.) Die notwendige Folge davon kann nur eine höchst traurige und verderbliche sein. Wollen denn die oberen Behörden mit Gewalt ihre Beamten zu charakterlosen Menschen machen, die sich für alle Dienstleistungen und Anerbietungen ihrer Oberbehörden gefügig zeigen? Dann aber ist auch der ganz ungefährliche Verbrauchsmissbrauch gegen das Publizum, der in diesem Verfahren liegt, aufzuschärfen zu verurtheilen. Das Publizum ist bisher stets der Meinung gewesen, daß die Abonnementslisten unter dem Siegel des Briefgeheimnisses stehen, und es dies auch früher auf eine Demonstration im Abgeordnetenhaus von Herrn Stephan ausdrücklich versichert worden. Wenn nun trotz dieser Versicherung dies Briefgeheimnis den Postbeamten gegenüber gebrochen wird, so ist das der erste Schritt vom Wege, der mit Sicherheit sehr bedenkliche Folgen nach sich ziehen muß, die unrerer Verwaltung nicht zur Ehre gereichen. (Sehr wahr! links.)

Mir sind bestimmte Namen und Thatsachen mitgetheilt worden, wonach von den oberen Regierungsbehörden zahlreiche Versuche gemacht worden sind, von den Postbeamten in aus den Abonnementlisten die Namen der auf gewisse Zeitungen und Zeitchriften abonnierten Personen herauszubekommen. (Hört! hört! links.) Wenn nun der Oberpostdirector Stephan und seine höchsten Beamten seinen Unterbeamten gegenüber selbst diese ganz ungefährliche Handlungswise vornehmen, warum sollen wir da nicht annehmen, daß man sich auch anderen hohen Behörden in Bezug auf andere Personen willfährig zeigt? (Sehr wahr! links.) Wo bleibt dann schließlich der Schutz für das Publizum? Dann hat doch der Reichskanzler Bismarck gewiß das Recht oder die Macht die Postbeamten zu zwingen, das Briefgeheimnis für gewisse Fälle zu brechen, dann gibt es zuletzt gar kein Briefgeheimnis mehr. (Sehr wahr! links. Unruhe.) Ich habe die Interpellation gestellt in der Hoffnung, daß von Seiten der verbündeten Regierungen und des Reichskanzleramts nur die Antwort gegeben werde, dergleichen sollte nicht mehr vorkommen. Eine solche Antwort aber muß gegeben werden, denn m. h. glauben Sie etwa, daß die süddeutschen Staaten, deren Anschluß an unsere Postverwaltung wir doch alle wünschen, die ein Verlangen darnach tragen werden, ihr Briefgeheimnis verlest zu sezen und eine derartige Fucht auf sich zu nehmen? (Unruhe.) Es ist in rein nationalem Interesse, daß uns jetzt eine bestimmte und zufriedenstellende Erklärung gegeben wird. (Beifall! links.)

Präsident Delbrück: M. h., als die Interpellation gestellt wurde und dem Reichskanzleramt zugänglich waren uns zwei Fälle bekannt geworden, welche in den allgemeinen Kreis der Interpellation fallen. Am 28. Januar d. J. hatte sich der vom Vorredner erwähnte Herr König an das Reichskanzleramt gewendet mit einer Beschwerde darüber, daß ein Beamter der Ober-Postdirektion in Frankfurt a. M. bei dem dortigen Zeitungspostamt die Abonnementlisten nachgesehen habe. Es wurde darauf von der Ober-Postdirektion in Frankfurt a. M. Bericht gefordert, und es ergab sich, daß der bezeichnete Beamte im Auftrage des Generalpostdirectors Stephan die Listen nachgesehen und dem legeren die Namen der wortirten Beamten mitgetheilt habe. (Hört! links.) Der Generalpostdirector hat aber hieraus keine Veranlassung genommen gegen irgend einen Beamten eine Bemerkung zu machen. Unter diesen Umständen konnte nicht anerkannt werden, daß in Beziehung auf den hier vorliegenden Fall irgend welcher ungerechter Schrift geschrieben sei. Eine zweite Beschwerde des Herrn König datirt vom 17. März d. J. Sie verlangte, daß gegen einen Beamten des Generalpostamtes disziplinarisch eingeschritten werden sollte, weil dieser Beamte bei Gelegenheit der Revision des Oberpostamtes in Frankfurt a. M. beleidigende Äußerungen gegen ihn und sein Blatt gethan habe. Auf Grund der hierüber stattgehabten Ermittlungen konnte die Überzeugung nicht gewonnen werden, daß deswegen ein Disziplinarverfahren einzuleiten sei, und es wurde dies dem König mitgetheilt. Das sind die beiden Fälle, die uns, als die Interpellation gestellt wurde, bekannt waren. Seitdem ist aus dem gestern vertheilten Petitionsberichte allerdings eine Anzahl anderer Fälle noch zur Kenntnis des Reichskanzlers gekommen, und ich kann erläutern, daß, trotzdem dieser Bericht hier im Hause nicht mehr zur Verhandlung kommen wird, der Inhalt dieses Berichts einer Prüfung unsererseits unterzogen werden wird.

Damit ist die Interpellation erledigt und werden darauf die Gesetzeswürfe, betreffend die Verlängerung der Wirksamkeit des Gesetzes über die Ausgabe von Banknoten und die Abänderung des Vereins-Gol-

tarifs in summarischer Abstimmung endgültig genehmigt.

Endlich wird in dritter Verhandlung der Nachtrag zum Haushaltsgesetz für 1873 (in Ausgabe 20.491,641 Thlr. in Zinnahme 10.557,058 Thlr.) festgestellt. Für 1873 und ebenso für 1874 werden für das Bureau des Reichstags, und zwar für den Zweck der Remuneration an Beamte je 400 Thlr. mehr und für die Staatshilfe beider Jahre 5.361,420 Thlr. als Wohnungsgeldzuschuß (statt 5.711,547 Thlr.) bewilligt.

In Bezug auf den Reichshaushalt pro 1874 erläutert Präsident Delbrück:

Der Reichstag hat bei der Berathung des Gesetzes für 1872 beschlossen den Reichskanzler zur Erwägung aufzufordern, ob nicht statt wie bisher die Ortsanwesenheit und Staatsangehörigkeit die Ortsanwesenheit allein zur Grundlage bei der Berechnung der Matricularbeiträge angenommen werden sollen. Diese Resolution konnte erst in Berathung gezogen werden, als das Resultat der Volkszählung vom Dezember 1871 vollständig vorlag. Die Feststellung des Resultats verzögerte sich besonders durch die Schwierigkeiten, welche die Feststellung der Listen in Thal-Bothen verursachte. Nachdem die Resultate im Bundesstaat vorliegen waren, ist man in die Berathung eingetreten, aber noch zu keinem Beschlusse gekommen. Ich möchte also bitten, daß das Haus, wenn es heute die Vorlage in Bezug auf die Berechnung der Matricularbeiträge genehmigt, dies mit dem Vorbehalt thut, daß durch diese Genehmigung einer anderweitigen Regulirung dieser Frage nicht erwidert sei.

Dann wird, fügt Abg. Lasker hinzu, die Sache später im Wege des Gesetzes geregelt werden.

Abg. Seelig nimmt Asak, noch einmal auf den Nord-Ostsee-Kanal zurückzukommen, nicht um den Todten wieder ins Leben zu rufen, dem Graf Molte neulich die Grabrede gehalten hat, sondern nur um einige Irrthümer zu berichtigten. Von dem dänischen Ingenieur Christensen ist ein Projekt ausgearbeitet worden, nach welchem der Kanal nicht in Eckernförde, sondern in die Kieler Bucht einmünden sollte. Diesem Projekt hat die Regierung keine Beachtung geschenkt. Ferner haben die meteorologischen Beobachtungen ergeben, daß der Kieler Hafen von 18 aufeinander folgenden Jahren in 7 gar nicht zugefroren war und in den übrigen Jahren nur 38 Tage im Durchschnitt. Nach Christensen dauert auch das Durchscheuhen eines großen Schiffes nicht 1½ Stunden, wie Graf Molte angenommen hat, sondern nur 20—25 Minuten. Endlich hat er auch die Handelsbeziehungen der Ostseepläätze nach dem Westen hin unterschätzt: sie exportieren ja Weizen und Korn sehr stark nach England. Jedenfalls werde eine zweite Flotte zu unterhalten mehr kosten, als die Verbindung des für den Kanal verwendeten Kapitals und ihrer Bemannung sehr schwierig sein. Schon die Bemannung der Flotte in ihrem jetzigen Bestande ist eine schwere Belastung für unsere maritime Bevölkerung. Abg. v. Böhr vertheidigt dagegen, daß man in den Ostseeprovinzen den Kanal keineswegs braucht und wünscht, sondern ihn für überflüssig hält.

Abg. Ewald spricht gegen den Etat des Reichskanzleramtes, in Wahrheit aber gegen den Reichshaushalt im Ganzen, denn jene Centralverwörde ist der Siz und Quell aller Unternehmungen und Bestrebungen des Reiches, die er seit Jahren schon als ein Unheil bezeichnet hat und zwar als ein solches, das von Jahr zu Jahr wächst und immer schlimmer wird. Indem der Redner die Mittel für das Reichskanzleramt verweigert, weiß er sich durchaus in Übereinstimmung mit seinen Wählern, und er würde seine Gründen dafür noch ausführlicher darlegen, wenn das Haus noch in der Verhandlung wäre, sie in Ruhe zu vernnehmen. (Auff: wie wahr! wie wahr!)

Nachdem diese Bemerkungen ohne weitere Folge gemacht sind, werden alle Etats und schließlich das Staatsgesetz für 1874 selbst in dritter Berathung definitiv genehmigt. Die Haupthülfen in § 1 balanciren in Einnahme und Ausgabe mit 148.242,775 Thlr., die fortlaufenden Ausgaben werden auf 121.240,075 Thlr., die einzige auf 27.002,700 Thlr. festgestellt.

Damit sind die Arbeiten der Session geschlossen. Das Wort verlangt der Reichskanzler für Bismarck: Ich erlaube mir, dem hohen Hause Mittheilung von nachstehender mir zu Theil gewordener Allerhöchster Ernennung zu geben. (Das Haus erhebt sich.) „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen, thun kund und führen hiermit zu wissen, daß Wir unsern Reichskanzler, den Fürsten von Bismarck, ermächtigen haben, gemäß Artikel 12 der Verfassungsurkunde des Deutschen Reiches die gegenwärtige Sessio[n] des deutschen Reichstages in Unserem und Unserer verbündeten Regierungen Namen am 25. d. M. zu schließen. Gegeben Babelsberg, den 23. Juni 1873. Gesiecht Wilhelm, und von mir gegengezeichnet. Indem ich dem Herrn Präsidenten die Allerhöchste Ernennung überreiche, stelle ich demselben anh. im, mir andeuten zu wollen, wann der Moment der definitiven Schließung gekommen sein wird.“

Präsident Simon will zuvor noch die übliche Uebersicht über die Thätigkeit des Hauses geben. Es sind dem Reichstag in dieser Sessio[n] einschließlich des Haushalt- und des Nachtragsetats für 1874 31 Gesetze verabschiedet, 30 Rechnungen, 1 Uebersicht über die Cinnahmen und Ausgaben für 1872, 7 Verträge, 10 Deukrisen, Rechenschaftsberichte und ähnliche Mittheilungen, 1 Bericht der Reichsschuldenverwaltung vom Jahre 1872, 7 Anträge auf Erteilung der Ermächtigung zu strafrechtlichen Verfolgungen von Brechvergehen vorgelegt worden. Diese Vorlagen haben bis auf 4 Gesetze entwirkt und 4 von den Anträgen auf strafrechtliche Verfolgung durch die Beschlüsse des Reichstages ihre Erledigung gefunden. Von Mitgliedern des Hauses sind 23 Anträge eingegangen, aus denen 5 Gesetzmürsche hervorgegangen, einer von diesen Anträgen ist abgelehnt, ein anderer zurückgezogen, 14 sind erledigt, 7 unerledigt geblieben. Fünf eingebaute Interpellationen sind sämtlich beantwortet worden. Es sind 1798 Petitionen eingegangen, davon 35 dem Reichskanzler überwiesen, 881 durch die über Gesetzmürsche und Anträge gefassten Beschlüsse erledigt erklärt, 10 durch Uebersicht zur Tagesordnung erledigt, 407 zur Förderung im Plenum für nicht geeignet erklärt, im Plenum beraten 65 und 397 durch Schlüß des Reichstages unerledigt verbleiben. Von den Commissionen sind 18 mündliche und 30 schriftliche Berichte erstattet, 18 Wahlen vom Hause für gültig erklärt, eine Wahlprüfung rückständig geblieben. Augenblicklich sind drei Mandate erledigt, zwei durch den Tod ehemaliger Mitglieder und eins durch Verförderung im Staatsdienst. Das Haus hat 61 Plenar, 91 Abtheilungs- und 125 Commissions-Sitzungen gehalten.

Abg. v. Frankenberg-Ludwigsdorf wirft einen Rückblick auf die Thätigkeit des Reichstags und hofft, daß seine Leistungen auf allen Gebieten der Gelehrten zum Heil des Vaterlandes gereichen werden. Un trennbar von dieser Hoffnung ist aber der Dankbarkeit des Hauses dem Präsidenten gegenüber, der seine Geschäfte mit vollendet Sicherheit, Umsicht und logischer Schärfe zu leiten verstanden hat. Das Haus erhebt sich und schließt sich dieser Anerkennung mit lebhaftem Buruf an.

Präsident Simon: Sie geben auch diesmal auf den wohlwollenden Vorschlag unseres ehrwürdigen Alterspräsidenten ein, mir ein Maß von Anerkennung zu Theil werden zu lassen, von dem ich noch glücklicher wäre, wenn ich sagen könnte, daß ich es solcher Gestalt auch wirklich verdient hätte. Indesjenen, wie dem auch sei, ich empfinde das, was Sie mir zu Theil werden lassen, als eine recht eigentliche Erquickung und danke Ihnen dafür von ganzem Herzen. Wir erfahren ja an uns allen, m. h., daß die Erinnerung an überstandene Mühsale in unseren Gemüthern schnell verbleibt, und das ist vielleicht eine der wohlhäufigsten und heilsamsten Einrichungen unserer Natur. Aber die Erinnerung an Augenblicks, wie der gegenwärtige, erhält sich in meiner Seele lebendig. Dieser Augenblick knüpft sich an eine Reihe anderer ähnlich an, die sich für mein Geschick fast wie Perlen an einander reihen. Ich nehme in dieser Bewegung das Andenken daran mit in die Stille meines häuslichen und Berufslebens und danke Ihnen von ganzem Herzen. (Beifall.)

Fürst Bismarck: Se. Majestät der Kaiser bedauert lebhaft, durch ein mit Gottes Hilfe in sicherer Besserung befindliches Unwohlsein verhindert zu sein, die Herren vor ihrer Trennung zu sehen und den Schluß Ihrer Sitzungen persönlich zu bewirken. Se. Majestät hat mich beauftragt, Ihnen zu erklären, wie gern der Kaiser selbst dem Dank der verbündeten Regierungen dafür Ausdruck gegeben würde, daß Sie sich auch in dieser Sessio[n] und unter zum Theil schwierigen Umständen der weiteren Ausbildung unserer verfassungsmäßigen Institutionen und der Lösung der Aufgaben, welche uns der Krieg hinterlassen hat, mit bingebender Anstrengung gewidmet haben. Indem ich mich darauf beschränke, diesen allerhöchsten Auftrag hiermit zu vollziehen, erläutere ich auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers im Namen der verbündeten Regierungen diesen Reichstag für geschlossen.

Präsident Simon: Wir aber, m. h., schließen unsere Arbeiten mit dem Rufe, mit dem wir sie heute vor 15 Wochen begonnen haben: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, König Wilhelm von Preußen, er lebe hoch! und abermals hoch! und immerdar hoch! (Das Haus stimmt lebhaft in diesen Ruf ein.)

Schlüß 11½ Uhr.

Berlin, 25. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König bat dem Bureau-Director des Hauses der Abgeordneten, Rechnungs-Rath Klein Schmidt den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath, und dem praktischen Arzt Dr. Debme zu Bleicherode den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der ordentliche Lehrer Dr. Kammer am Friedrichs-Collegium zu Königsberg i. Pr. ist zum Oberlehrer befördert worden.

Dem Maschinenmeister F. Knadlisch und dem Buchhalter A. Kuhlbars im Bielefeld bei Aschersleben ist unter dem 20. Juni 1873 ein Patent auf einen Apparat zum Abklopfen des Kesselsteines in cylindrischen Dampfkesseln ohne Flammenrohr auf drei Jahre ertheilt worden. (Reichsanzeiger.)

[Der Kaiser.] Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Unser Kaiser weilt noch auf dem Schlosse Babelsberg bei Potsdam. Die in erfreulichster Weise forschende Stärkung seiner Gesundheit hat ihm gestattet, nicht bloß sich in voller Regelhaftigkeit den Regierungsgeschäften zu widmen, sondern auch dem Stiftungsfest des Lehr-Infanterie-Bataillons, welches mit Rücksicht auf die Zusammensetzung dieses Bataillons ein Fest der ganzen Armee ist, in altgewohnter Weise von Anfang bis zu Ende beiwohnen. Die Abreise Sr. Majestät nach Ansatz wird nach den neuesten Bestimmungen etwa am 5. Juli erfolgen.

[Das Militärgesetz.] Die „Prov.-Corr.“ bringt einen längeren Artikel über die Thätigkeit des Reichstages, die sie vollständig anerkennt, und schließt dann mit den Worten:

„Nur eine der Ausgaben, welche dem Reichstage gestellt werden müssen, eine der wichtigsten freilich, ist unerledigt geblieben: das allgemeine Militärgesetz, welches in der Reichsverfassung vertheilen und durch die Erweiterung des deutschen Heeres zu einer Nothwendigkeit geworden, ist unter dem Einfluß der jüngst erörterten Reichstagsverhältnisse nicht mehr zur Verhandlung gelangt.“

Die Reichsregierung hat nicht verhebelt, welch großes Gewicht sie um der Entwicklung der nationalen Institutionen willen auf die Vereinbarung dieses Gesetzes, des Schlusses unserer erprobten Wehrverfassung, legt: der jetzige Reichstag wird es seinerseits für ein Ehrensache halten, auch auf diesem Gebiete noch zum festen Ausbau der nationalen Verfassung mitzuwirken.

Der jetzige Schluß der Reichstagarbeit wird nicht zu gleich der Abschluß der Wirklichkeit des gegenwärtigen Reichsvertrages sein. Inwieweit die Anträge derselben in Betreff der künftigen Verfassung des Reichstags während der Wintermonate voraussichtlich schon in diesem Jahre zur Verwirklichung gelangen, wird zugleich die Möglichkeit gewonnen sein, auch noch jene Aufgabe, welche die jetzige, an Mühen und Erfolgen so reiche Sessio[n] unberührt gelassen hat, in dem Geiste vertrauensvoller Gemeinschaft mit der Reichsregierung, welcher das ganze Werk dieses Reichstages geleitet hat, zu erfüllen.“

D. R. C. [Die Abgeordneten], welche der heutigen Schlusssitzung des Reichstages beiwohnten, wurden durch ein flüchtiges Geschenk des Abg. Dr. Völk überrascht. Letzterer hatte nämlich eine große Quantität schöner Alpenrosenblüthen aus Süddeutschland kommen lassen und überreichte einem jeden Abgeordneten ein Straußchen dieser zarten Blumen als sunnigen Gruß des deutschen Südens an die nordischen Landsleute.

Pozna, 24. Juni. [Die polnische Zeitung „Kurier Poznański“] ist in den Besitz einer Aktiengesellschaft übergegangen.

[Der Oberin des Klosters der Frauen vom Herzen Jesu] auf der Oberwilda ist, wie der „Kurier Pozn.“ mittheilt, am Sonnabend von einem Polizeibeamten bekannt gemacht worden, daß die Genossenschaft ihre Ordensfunktionen einzustellen und sich bis zum 1. November d. J. aufzulösen habe.

Leipzig, 18. Juni. [Socialdemokratische Landesversammlung.] Für den 13. Juli ist nach Chemnitz eine socialdemokratische Landesversammlung ausgeschrieben, um „über ein einheitliches Vorgehen bei

läßt nicht auch ein Plätzchen in ihrer schönen religiösen-finanziellen Gründung eingeräumt? Die vierzigstündigen und dreitägigen Gebete, die Prozessionen und Wallfahrten haben ihre Schuldigkeit gethan, und die Zeit der Gründungen hat begonnen. Also Glück auf! (A. Z.)

Karlsruhe, 23. Juni. [Der Kronprinz des Deutschen Reichs und von Preußen] ist gestern Abend 25 Minuten nach 9 Uhr hier eingetroffen, wurde von dem Großherzog und der Großherzogin auf dem Bahnhof empfangen und sofort in das Großherzogliche Schloß geleitet.

Heute Vormittag wurde von dem Kronprinzen auf dem Exercierplatz im Hardtwald eine Truppenschau vorgenommen.

Um halb 10 Uhr erschienen der Kronprinz und der Großherzog, umgeben von einer zahlreichen und glänzenden Suite, auf dem Exercierplatz und wurden von den Truppen mit einem Hurrah begrüßt.

Heute Nachmittag 2 Uhr ist Ihre Majestät die Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen eingetroffen. Dieselbe wurde von dem Großherzog und der Großherzogin, dem Kronprinzen, von der Prinzessin Wilhelm, sowie der Fürstin von Leiningen am Bahnhofe begrüßt und fuhr sodann in dem bereitstehenden Hofwagen, begleitet von Ihren Hohen Verwandten, in das Großherzogliche Schloß.

♀ Mex., 23. Juni. [Ausfall der Wahlen. — Wunder-Erscheinungen. — Neue Folge. — Gerichtsverhandlung.] Den Ausfall der Wahlen zu den Kreis- und Bezirksvertretungen wied Ihn der Telegraph zum Theil wenigstens gemeldet haben. Wie zu erwarten war, sind Lauth und Genossen in Straßburg gewählt worden, während bei uns die Wahl der Herren Bezaon, Abel und Gaultier um so weniger zu bezweifeln war, als man Gegencandidaten nicht aufgestellt hatte. Die genannten Persönlichkeiten sind nahezu einstimmig gewählt worden. Die Beteiligung an der Wahl seitens der hiesigen deutsch redenden Bevölkerung war leider eine sehr geringe. Am Tage vor der Wahl nämlich erschien „die vereinigten Ausschüsse der reichsfreundlichen Partei“ eine öffentliche Aufforderung an die Parteigenossen, sich der Theilnahme an den hiesigen Wahlen aus dem Grunde zu enthalten, „weil bei Aufstellung und Offenlegung der Wahlblätter Unrechtmäßigkeiten vorgekommen seien, welche geeignet erschienen das Wahlergebnis wesentlich zu Ungunsten des reichsfreundlichen Theils der hiesigen Bevölkerung zu alterieren.“ Es wird nun weiter ausgeführt, daß bei Anfechtung der Wahlliste nur diejenigen Personen berücksichtigt werden, welche bis zum 1. Oktober 1872 ihr Domäne in Mex begründet hatten, während der 15. Februar d. J. als Endtermin hätte angenommen werden müssen. Andererseits seien aus der zur Einsicht offen gelegten Liste nur die Namen jener neu hinzugefügten Wahlberechtigten, welche persönlich auf der Mairie Recherchen gepflogen hatten und hierbei notirt worden waren, in die definitive (gedruckte) Wahlliste herübergenommen worden. Die Namen der Richterschienenen seien in einer großen Anzahl von Fällen einfach hinweggelassen worden. Die weiteren gesetzlichen Schritte hat sich übrigens die genannte Partei vorbehalten. Die hiesige amtliche „Bzg. f. P.“ bemerkte zu diesem Erlass, daß die darin angekündigte Wahlenthaltung sich mit der ihr bekannten Auffassung und den Intentionen der Regierung keineswegs im Einklang befände, — trotzdem war die Beteiligung doch eine geringe. Aber auch wenn die Deutschen vollzählig an der Wahlurne erschienen wären, das Schlussresultat wäre doch dasselbe gewesen, da das französisch redende Element sich noch in einer überwiegenden Majorität befindet. — Unter dem heutigen Datum erläßt der Präsident von Böhringen, Graf v. Arnim, eine Verordnung, wonach Ansammlungen von fünf und mehr Menschen im Freien auf dem Gebiete von Metzaries St. Quirin und in einem Umkreise von zwei Kilometern untersagt sind. Als Begründung wird angeführt, daß auf dem bezeichneten Gebiete (Kreis Saarburg) seit einiger Zeit wiederholte Ansammlungen einer größeren Zahl von Menschen im Freien und auch zur Nachtzeit stattgefunden hätten und dadurch eine die öffentliche Sicherheit gefährdende Auffregung in der Bevölkerung hervorgerufen wäre. Es ist überflüssig zu bemerken, daß es sich wieder um neue Wundererscheinungen handelt. — Vor den Schranken des Gerichts erscheint dieser Tage ein Mann, der angeklagt ist, in der Gegend zwischen St. Marie und St. Privat einige der dort befindlichen Gräber, die ihm wahrscheinlich bei der Bestellung seines Alters unbedeutend waren, mit dem Pflege zerstört zu haben. Ich werde nicht versehnen, das Resultat der Gerichtsverhandlung mitzutheilen.

Ö ster r e i ch.

Linz, 25. Juni. [Die Kaiserin Augusta] ist heute Nachmittag 2 Uhr 50 Minuten auf dem hiesigen Bahnhofe eingetroffen, wo eine Ehrenkompanie des Regiments Großherzog von Hessen mit Musikkorps aufgestellt war, welches die Kaiserin bei der Einfahrt in den Bahnhof mit der preußischen Nationalhymne begrüßte. Der Stadthalter Ritter von Wiedenfeld, Feldmarschall-Lieutenant Baron Beno und Generalmajor Baron König empfingen die Kaiserin und wurden zur Poststube gejogen, welche im Wartesalon stattfand. Ihre Majestät unterhielt sich auf das Herablassendste mit der Umgebung und setzte um 3 Uhr 55 Min. die Reise nach Wien fort.

S ch w e i z.

Bern, 21. Juni. [Panfrey und die Ultramontanen. — Japanische Gesandtschaft.] Herr Panfrey, der endlich nachgegeben und seine Demission als französischer Gesandter bei der Eidgenossenschaft zurückgezogen hat, ist hierher zurückgekehrt und hat auch bereits eine Unterredung mit dem Bundespräsidenten gehabt. Wie Herr Panfrey anlässlich dieser Unterredung versichert haben soll, sind seine Instructionen durchaus noch dieselben, wie die unter der Regierung des Herrn Thiers. Jedemalss bliegt schon sein Charakter dafür, daß er sich nicht zum Organe ultramontaner Intrigen hergeben wird, wie die hiesigen Ultramontanen von seinem etwaigen Nachfolger stark gehofft hatten. Die Rückkehr des Hrn. Panfrey hat daher auch sehr niederschlagend auf sie gewirkt. — Heute Vormittag 11½ Uhr ist im Bundespalais die japanische Gesandtschaft vom Bundesratrice feierlich empfangen worden. Von der Gesandtschaft, welche mit Gefolge an 40 Personen zählt, erschienen im Ganzen sieben, der Chef der Gesandtschaft, Iwakura, die zwei Vertreter desselben, Itto und Yimago, und die 4 Secretäre. Sie waren nicht in Nationaltracht, sondern staken sämmtlich in einem europäischen, von Gold sprogenden Diplomatenrock, engen Hosen und hatten den Kopf mit eben so reich goldbornttem Dreimaster bedekt, was Alles den Herren nicht recht zu Gesicht stand und ihnen, offen gesagt, einen etwas komischen Anstrich gab. Ihr Aufenthalt hat übrigens keinen offiziellen Zweck.

I t a l i e n.

Rom, 20. Juni. [Parlamentarisches und Ministerielles. — Die Königin Isabella.] In die unabhängigen Gruppen der Kammer, schreibt man der „A. Z.“, ist ein Selbstvertrauen zurückgekehrt, das während der letzten Tage das schwache Piedestal der Finanzverwaltung zum andern Mal umzuwerfen drohte. Die Opposition hat nach und nach entdeckt, wie sie, um etwas durchzusegen, mit dem Ministerium Ranza umgehen muß; was aber mehr ist, sie hat erfahren, daß dieses Ministerium sich das Neuerste bieten läßt, daß es in einem Alther abdankt und sich rehabilitiert, um nur

am Steuer zu sitzen. Anfangs der Woche hieß die Lage in der Presse eine ernste (grave), die Abgeordneten drohten mit einer Massenentfernung und Sella drohte darüber mit der ministeriellen und geschäftlichen Lebensweise und mit der Unmöglichkeit, unter den vorhandenen Unterbindungen und Hemmnissen Seitens der Linken weiter zu geben. Man forderte einander, erschien auf dem Platze, doch da kam der Unparteiliche dazwischen, und ehe noch die Klingen gebunden wurden, wor auch diesmal Alles für den Augenblick beigelegt; man schlägt sich nicht mehr, Sella begnügt sich mit der Hälfte, ja mit weniger der bisherigen Forderungen, die er für die laufenden Rechnungen nötig hielt und hofft, daß bei der Wiederaufnahme der Berathungen im November die Kammer auch das gewähren wolle, was sie jetzt versagt. Sie wollte im Laufe der Session die kostspieligsten Anlagen für die Landesverteidigung, Kriegshäfen und Marine-Arsenale anlegen, strategische Eisenbahnen bauen, das Heer teilweise neu bewaffnen und vergrößern, sie wollte da und dort kanalisierte und öffentliche Bauten ausführen, welche selbst einem geselligen Staatsrätor Verlegenheit bereitet haben würden. Sella findet Alles ganz in der Ordnung und läßt sich erklären, aber die vorhandenen Mittel das für nicht ausreichend, wenn nicht neue Abgaben und eine neue Emission von Schatzbons gestattet würden; davon aber möchten die Abgeordneten nichts wissen, denn sie hören von ihren Wählern der Klagen darüber schon zu viele. Man entüstet sich, will davon laufen, bestimmt sich wieder und verhandelt noch einmal, so früher, so jetzt. Was aber ist die Folge von diesem Hin und Her? Eine immer tiefer gehende Unsicherheit des Verkehrs, ein Misstrauen auf den Fortbestand der Verwaltung, zumal in der Frage, wie es mit dem kleinen Papiergeld werden soll. Bei einem Stoß von außen her muß dieses System zusammenfallen. Darauf arbeitet auch nach Kräften die clerical Reaction. Was ihre Blätter wider die vom Senat genehmigte und vom König bestätigte Secularisierung des Kloster schlendern, was der Papst in seiner Ansprache an die Cardinale am Dienstag wiederholte, schließt jeden Friedensgedanken für die nächste Zukunft um so mehr aus, je gewisser der Sanfedismus ist, daß die Zeit nahe sei, wo die Bedeutung der vollendeten Thasachen im Interesse der Kirche weide von einer ganz andern Macht geprüft werden, wie eine königliche oder kaiserliche sei. Damit ist auf eine katholische Volkerhebung, auf einen Kreuzzug für Rom hingewiesen. Freilich ist die Königin Isabella eben im rechten Augenblicke angekommen, alle Träume noch einmal trüumen zu lassen. Ihr Auftreten ist voll Etiquette. Eine Stunde nach ihrer Ankunft sandte sie zwei Kammerherren nach dem Vatican, sie anzumelden. Sie wurde vom Cardinal Antonelli empfangen. Wenige Augenblicke später fuhr Monsignore Ricci (Oberhofmeister) nach dem Hotel Londra, im Namen des Papstes die Königin zu bewillkommen und ihr die Stunde der Audienz anzugeben. Gegen Mittag begab sie sich, von 34 Personen begleitet, zum Papst, den sie erst eine Stunde nach Mittag verließ. Den übrigen Theil des Tages verwandte sie zu Besuchen von Kirchen, deren erste die „der Wunder“ (dei miracoli) auf der Piazza del Popolo war. Sie will die römische Aristokratie empfangen, ob in ihrer Wohnung oder im Vatican, ist noch ungewiß. Übermorgen wird der Papst, wenn nicht Unwohlsein ihn daran verhindert, ihren drei Kindern das Sacrament der Firmung ertheilen. Über die vorgestern erfolgte Ankunft der Königin bringen die Blätter ausführliche Notizen. Der Eindruck ihrer gewichtigen persönlichen Erscheinung scheint auf die meisten Beobachter ein sehr bedeutender gewesen zu sein. Einex erzählt, daß sie in Florenz nur mit Mühe in das Couper steigen konnte, daß aber keiner von den Begleitern es wagte, ihr hilfreiche Hand zu leisten, getreu dem spanischen Motto: Rühr nicht an die Königin! Gleichzeitig mit ihr sind eine Anzahl italienischer katholischer Würdenträger angekommen.

G roß b r i a n n i e n.

London, 21. Juni. [Der Shah] hat der Königin seinen Besuch gemacht. Als er in Windsor ankam, begrüßte ihn der Hurraufzug der 800 Schüler von Ston. Prinz Arthur und Prinz Leopold, letzterer im schottischen Hochlandcostüm, traten in den königlichen Salondwagen, und der Shah antwortete kurz auf eine ihm von der Corporation von Windsor daselbst vorgelegte Adresse. Windsor hatte sich auf Aufforderung des Mayors in das Festgewand geworfen, und die Stadt mit ihren bunten Flaggen und dichtgedrängten Schulstufen bot einen schönen Anblick dar. Freudige Burufe, Lüderschwenken, Kanonenschüsse, Glockengeläute u. s. w. waren das was der Shah sah und hörte, bis ihn endlich die Königin am Fuße der Treppe empfing. Hierauf begab sich der ganze Hof in den Weißen Saal, wo der Shah die Königin mit dem persischen Orden und einem neuen für Damen gegründeten Orden decorierte. Ein Frühstück wurde hierauf servirt, und der Shah begab sich nach etwa zweistündigem Aufenthalt in Windsor nach London zurück. Der Abend war auf den großen langvorbereiteten Ball in der Guildhall in Aussicht genommen. Als der Shah im Saal Platz genommen, gab der Lordmayor, welcher mit der Prinzessin von Wales zur Linken des Shah saß, während die Großfürsten von Rußland zur Rechten sich befand, ein Zeichen, und die Ceremonie des Vorlezens der auf die Ankunft und den Empfang des Shahs Bezug habenden Resolutionen und einer Adresse nahm ihren Aufgang. Der Shah erwiederte auf letztere: daß es seine Hauptstreben gewesen sei die Curiositäten des englischen Volks persönlich kennen zu lernen, und dankt für den sehr warmen und herzlichen Empfang den ihm Regierung und Volk entgegengebracht haben. Er fühlt es weiter, daß dieses allgemeine Manifestum des Wohlwollens nicht nur auf Rednung seiner Stellung zu schließen sei, sondern das Resultat jener wechselseitigen Beziehungen des Vertrauens und der Herzlichkeit, das auf der Identität der zwischen der preußischen und der britischen Nation vorhandenen Interessen beruhe. Er werde stets mit besonderem Vergnügen an die von dem Lordmayor, den Aldermen und Bürgern der in der Weltgeschichte so berühmten Stadt London ihm entgegenbrachte Freundschaft zurückdenken. Der Lordmayor überreichte ihm hierauf eine kunstvoll ausgeführte Copie der Adresse in einer goldenen Büchse. Darauf wurde der Ball eröffnet.

S p a n i e n

Madrid, 21. Juni. [Die neueste Ministerkrise. — Die Anhänger der einheitlichen Republik und die Föderalisten. — Aus Barcelona.] Die bündestaatliche Republik, schreibt man der „A. Z.“, steht in ihrer sechsten Ministerkrise. Der Pact vom 10. Juni, nach welchem auf Betreiben der Unversöhnlichen die Cortes die einzelnen Minister ernannt haben, ist umgestoßen und die Rechte hat sich wieder einmal emporgerafft, um ihr numerisches Übergewicht geltend zu machen. Heute Morgen hielt dieselbe eine Parteiversammlung ab im Besein der Minister, Pi y Margall begehrte außerordentliche Machtbefugnisse, denn die Feinde der Republik hätten sich zu bösen Dingen verschworen. Vor Allem sei auch ein enges Zusammenhalten der republikanischen Partei von Nöten. Auf Vorschlag Castelar's, der lebhaft eine Politik der Ordnung forderte, erklärte die Mehrheit, daß sie zu Pi y Margall Vertrauen habe und daß dieser die zu befürchtenden Krisen lösen möge. Die bald darauf im Laufe des Nachmittags gefolgte Sitzung der Cortes war nur das Echo dieser Parteiverhandlung. Pi hieß eine Rede, in welcher er auf die Umstände zurückwies, unter denen das jetzige Ministerium gebildet worden. Die Reaction, sagte er, wolle eine einheitliche Republik errichten. Er müsse ein Ministerium aus Männern haben, die der bündestaatlichen Republik treu ergeben seien. Neben die Lage der Finanzen sprach er sein Bedauern aus; auch hier seien energische Maßregeln an der Zeit. Gervera stellte darauf den Antrag, Herrn Pi mit einem Vertrauensvotum zugleich die Gewährung zur selbstständigen Bildung eines Ministeriums und zur Löschung der etwa herantretenden Krisen zu ertheilen. Ein Gegenantrag wird verworfen; Sunyer spricht für Gervera's Vor-

schlag, und da er zur Linken gehört, wird er von der Rechten mit großem Beifall belohnt. Der Antrag wird, nachdem Gervera vergebens angegriffen, mit 184 gegen 45 Stimmen angenommen. Als einsame Folge haben die Collegen des Ministerpräsidenten natürlich sofort ihre Entlassungsgekte eingereicht, und Pi wird sie von mehreren derselben, die schon lächerliche Figuren zu werden anfangen, nicht gern angenommen haben. Das Gespenst der einheitlichen Republik, mit Serrano als Präsidenten an der Spitze, scheint den Herren Föderalisten doch große Unruhe zu machen, vielleicht um so mehr, weil sich schon das böse Gewissen gegen ihren Föderalismus regt. Wahrscheinlich hat der föderalistischen Partei auch die Gründung eines „Nationalvereins zum Schutz der politischen Rechte und der moralischen und materiellen Interessen der Spanier“ Angst eingejagt; denn den Vorstand dieser Gesellschaft bilden u. A.: Romero Díez, Edguan, der Graf von Franzo, Esteban Collantes, Escobar, Eugenio García Ruiz, Ortiz de Pinedo, wohlbekannte Namen der früheren monarchischen Parteien und zum Theil auch Vertreter der einheitlichen Republik. Solche Vereine sind, nachdem das Land in den benedictinischen Gewissens der föderalistischen Freiheit gekommen, natürlich sofort „Verschwörungen“ geworden. Die Einheit des Staates wollen die Föderalisten nicht, wohl aber, wie man glauben muß, die Einheit der Macht, denn zwischen Pi und einem Diktator ist nach dem letzten Cortesbeschuß kein großer Unterschied mehr. Und allerdings mag eine Diktatur immerhin mehr wert sein als eine Pöbelherrschaft, die in mehr als einer größeren Stadt Spaniens ihre Köpfe zu erheben droht.

Aus Barcelona wird gemeldet, daß die Mitglieder des „Wohlfahrtsausschusses“ zwar die Bürgermeister, die sie besetzt hatten, beim Heraannahen der Freiwilligen verlassen haben, daß der Ausschuss jedoch noch fortbestehe und nur einen anderen Namen, Überwachungsausschuss, angenommen habe. Da hat ihm denn die Provinzial-Deputation einen Saal angewiesen, wo er sich versammeln kann. Er besteht aus drei Commandanten der Freiwilligen, drei Mitgliedern des republikanischen Circels und vier Arbeitern; an der Spitze steht der vorgesetzte Universitäts-Galopa. Die Bewegung richtet sich zum Theil gegen die in Aussicht gestellte Strenge zur Aufrechterhaltung der militärischen Disciplin; der Verein hat der Regierung telegraphisch das allerhöchste Missfallen der Republikaner Barcelona's angedroht, wenn sie einen Soldaten wegen Vergehens gegen die Disciplin errichten lassen würde. Dann sollen also häufig die Offiziere vogeltei sein und das Schicksal des Oberstleutnants in Murvedro vor sich sehen, der von seinen meuterischen Soldaten auf barbarische Weise getötet worden. Ohne die schärfste Strenge ist kein Hell für die Armee in Catalonien.

M e r i k a.

New-York, 6. Juni. [Der Plan Grant's, die Sandwich-Inseln allmälig mit dem Anschluß an Amerika zu verbinden] hat einen derben und ihm sicherlich sehr unangenehmen Stoß erlitten. Die von ihm mit der Untersuchung der Bucht des Pearl River beauftragte Commission hat einen günstigen Bericht erstattet, aber nicht nur sagen die Inselbewohner der Abreitung derselben an die Vereinigten Staaten einen unerwarteten Widerstand entgegen, auch die Amerikaner sind mit dem von ihnen für die Kolonisation zu zahlenden Preise nicht zufrieden. Dazu kommt noch ein diplomatisches Unglück. Es drang nämlich der Inhalt eines Privatschreibens des Secretärs Fish an den amerikanischen Gesandten in Honolulu, man weiß nicht wie, an die Dissenlichkeit, und Federmann weiß nun, daß der letztere Instructionen erhalten hat, unter allen Umständen, welche Haltung die Inseln auch Amerika gegenüber annehmen mögen, zu verhindern, daß sie sich an eine andere Macht nähern möchten. Es ging ziemlich deutlich aus dem Schreiben hervor, daß die Regierung von Washington, falls ihre schlägende Freundschaft von den Insulanern nicht ergreifen werden sollte, dafür sorgen würde, daß keine andere sich anbiete oder finde. Unter solchen Umständen haben die Annexionspläne nach der ganzen Inselgruppe oder nur einem Posten auf derselben wenig Aussicht auf Verwirklichung.

[Die Weißen in San Francisco,] welche einsehen, daß sie mit Hundezügen, Steinwürzen, Misshandlungen und oft auch Melezen gegen die Geduld der gefährlichen, weil ihre Arbeitskraft billig verkauften chinesischen Concurrenten nichts ausrichten können, haben beschlossen, sich auf rastaurierte Weise ihrer Nebenbücher zu entledigen, indem sie ihren Abglauben und ihre Vorurtheile angreifen. Der Chinesen liebt es, in einem möglichst kleinen Zimmer zu leben, und ein neues Gesetz in San Francisco verlangt, daß jedes Schlafzimmer wenigstens 500 Kubitus Lust haben müsse. Der Chinesen läßt sich aber lieber ins Gefängnis senden, ehe er sein Zuhause aufgibt. Ein anderes Gesetz will den Chinesen seines Haarskopfes berauben und ein drittes ihm sogar die Möglichkeit rauben, seinen Leichnam zurück nach dem Reiche der Mitte bringen zu lassen. Da nun kein Chinesen einen Beitrag abschließt, ohne die Bedingung hinzuzufügen, daß im Falle seines Todes sein Leichnam nach China zurückgeschickt werden müsse, so ist das letzte Gesetz allein schon im Stande, die Einwanderung der Chinesen nach Californien ins Stocken zu bringen. Und in der That ist ein solches Stocken auch bereits eingetreten.

[Aus Mexico] wird gemeldet: Der Gouverneur des Staates Mexico hat eine Anzahl Mönche und Nonnen verhaften lassen, weil dieselben beschuldigt werden, in den Privathäusern, wo sie seit der Aufhebung der Klöster als religiöse Genossenschaften gewohnt, unzügliche Beziehungen zu einander gehabt zu haben. Die Nonnen wurden freigelassen, die Mönche zur Bestrafung festgehalten. — Die Legislativen der Staaten Michoacan und Mexico haben Gesetze zur Unterdrückung der Hahnen- und Stierkämpfe erlassen. — General Geballos, Commandant der Truppen im Staate Jalisco zeigt an, daß er die Rebellen unter Lazada bei Tepic geschlagen, vollständig zerstreut und eine Anzahl von Kanonen erobert habe. Die Stadt Tepic ist von den Regierungstruppen besetzt. General Geballos glaubt, daß im Staate Jalisco die Ordnung nunmehr vollständig hergestellt ist.

Provinzial - Zeitung.

4 Breslau, 26. Juni. [Liebig-Denkmal.] Im kleinen Saal der alten Börse fand gestern eine Versammlung zur Bildung eines Schlesischen Provinzial-Comités für das in München zu errichtende Liebig-Denkmal statt. Zum Vorstand dieses Comités wurde Herr Oberbürgermeister v. Forckenbeck gewählt, zu seinem Stellvertreter Herr Professor Dr. Poleck, zu Schatzmeistern Herr Geh. Comm.-Rath v. Russer und Herr Comm.-Rath Fromberg. Ferner wurde beschlossen, einen Aufruf zu Beiträgen an die Bewohner der Provinz Schlesien zu richten.

4 [Die Gehälter der Domherren.] Die Regierung hat, wie im Posen so auch in Breslau, angeordnet, daß von jetzt ab die Domherren ihre Gehälter bei der Regierungshauplkasse und zwar jeder besonders zu erheben haben, während bisher die fürstlich-sächsische Hauptkasse für die Gesamtsumme quittiert hat. Obwohl die „Schles. Volks“ den Domherren ein „Principii obsta“ zugeschrieben hatte, so muß sie doch heute melden, daß man aus der Abholung der Gehälter keine

Principienfrage machen, sondern sich der Anordnung der Regierung fügen werde.

+ Glogau, 24. Juni. [Tagessbericht.] Die Direction der Oberschlesischen Eisenbahn hat jetzt bei unserer Einwohnerstadt einen Stein im Breite, sie hat nämlich bei dem Spaziergange der Schüler des evangelischen Gymnasiums einen Extrag nach dem Stadtorste zu dem billigen Preise von 5 sgr. für die Tour- und Retour-Reise gestellt, welcher natürlich sehr zahlreich benutzt wirdt. An der Retourfahrt sollen 700 Personen teilgenommen haben. Der genannte Spaziergang hatte sich zu einem wirklichen Volksfest gestaltet, von großem Interesse waren die dort ausgeführten Turnübungen unter Leitung des Gymnastallehrers Hrn. Dr. Mewes, Walllauf und Weitspringen, Lionsdr. Reitenaufmarsch und ein Cepus von Freiluftübungen unter dem Lach der Musik wurden mit großer Exzititie ausgeführt. — Die Saison für die Spaziergänge der Vereine, Innungen &c. hat begonnen, den Neigen eröffnete in der vorherigen Woche der evangelische Junglingverein mit einem Spaziergang nach dem städtischen Forte. Der katholische Gesellenverein ging gestern nach Hermsdorf, und der Sängerbund machte am Sonntag eine Partie nach dem Forte, wo die Mitglieder des Vereins das zahlreiche Publikum mit dem Vortrage mehrerer Lieder, welche ganz vorzüglich executirt wurden, freuten. Eine Promenade mit Damen im Walde, Tanz im Freien, Paloma se mit Fackeln, Feuerwerk u. s. m. waren Abwechslungen, welche alle Teilnehmer in hohem Grade amüsirten. Zwei Infanterie-Musikkörde sind hier in Garnison und seit 8 Tagen ist keins derselben hier anwesend. Die 59er Kapelle erntet in Dresden und die 58er Kapelle im Eis oder in Berlin künstlerische und perfumäre Erfolge, während die erste noch 14 Tage in Dresden bleiben wird, kehrt die letztere in diesen, nach hier zurück. — Hr. Pfarrer Richt in Hochstädt beginnt in diesen Tagen sein 25jähriges Priester-Jubiläum, u. A. überbrachte auch eine Deputation des katholischen Vereins in Breslau. Ein Jubilar nebst kostbaren Geschenken die Glückwünsche des Vereins. — Der hiesige erf. vor Kurzem gegründete Kriegerverein zählt bereits 350 Mitglieder. Auf Anregung des Vorstandes des Vereins hat sich ein Damencomité gebildet, bestehend aus Frau General v. Voithmer, Frau Auguste Fritsch, Frau Bachur, F. d. Marie Wollenhaupt, Fräulein Olga v. Hoben und Fräulein Laur. Jungnickel, um von Seiten patriotischer Dame der Stadt und des Kreises Glogau eine Fahne für den Verein zu beschaffen. — Die Beerdigung des plötzlich verstorbenen Hrn. General a. D. Wollenhaupt fand am Freitag Nachmittag 3 Uhr statt. Vor dem in Blumen gehüllten Sarge, welcher von Unteroffizieren des Polener Infanterie-Regiments Nr. 58 getragen wurde, ging Hr. Major v. Baczo, auf einem Kissen die Orden des Verstorbenen tragend. Der Litanei folgten außer den Geistlichen, den Leidtragenden, den sämtlichen Generälen und Offizieren der Garnison, auch viele Mitglieder der verschiedenen Civilbehörden und sehr viele Einwohner der Stadt, welche dem allgemein beliebten Manne die letzte Ehre erweisen wollten. Möge er sanft ruhen!

3 Görlitz, 24. Juni. [Finanzvorlagen II.] Die Beratung der umfangreichen Vorlagen in der Stadtverordnetenversammlung ist schneller vor sich gegangen, als man erwarten durfte. Die Versammlung trat auf Grund der Empfehlung der Finanzfachcommission in ihrer gestrigen Sitzung zum größten Theile von den gemachten Vorschlägen bei. Nur beschloß sie, die Frage, wie die Deckung der Kriegskosten erfolgen sollte, ganz offen zu lassen. In Betreff der Änderungen des Finanzplans von 1868 acceptierte sie die gemachten Vorschläge, so weit es den Zugang betrifft, beschloß dagegen 249,000 Thlr. für die Herstellung eines Wasserwerks beizuhalten, und von der für die Herstellung eines Tunnels von der Salomonstraße unter der Eisenbahn weg angelegten Summe von 35,000 Thlr. nur 15,000 Thlr. abzusehen, 10,000 Thlr. aber für Errichtung eines Laufstegs auszuweisen. — Eine längere Debatte, an der sich Oberbürgermeister Gobbin, Dr. Paur, Geh. Rath Sattig und Kaufmann A. A. Rab lebhaft beteiligten, rief der Antrag auf Überlassung der höheren Schulen an den Staat hervor. Besonders trat Geh. Rath Sattig, der frühere Oberbürgermeister der Stadt, mit großer Wärme dafür ein, daß die Stadt ihren Einfluß auf das höhere Schulwesen nicht freiwillig aufzugeben möge. Von mehreren Seiten wurde darauf hingewiesen, daß die Seiten eines Raumerschen oder Mühlerschen Ministeriums wiederkehren könnten, und dann die Stadt es sicher bedauern würde, sich jedes Einflusses auf die Besetzung der Lehrerstellen begeben zu haben. Von anderer Seite wurden ausschließlich die finanziellen Rücksichten geltend gemacht, und die hohen Zuflüsse, welche das höhere Schulwesen beansprucht, hergehoben. Nach der Auffassung des Oberbürgermeisters Gobbin soll Aussicht vorhanden sein, daß der Staat wenigstens einen Zusatz zu den Kosten der höheren Lehranstalten übernimmt. Mit Rücksicht darauf wurde der Vorschlag der Finanzdeputation dahin abgeändert, daß die Stadtverordneten den Magistrat ermächtigen, mit dem Staate in Verhandlungen darüber zu treten, unter welchen Bedingungen derselbe sich bereit finden ließe, die beiden höheren Schulanstalten zu übernehmen. Im Ganzen jedoch keine große Neigung vorhanden zu sein, die Schulen ohne Weiteres dem Staate zu übergeben. — Der Antrag bez. gemeinsamer Schritte die mahl- und schlachtfeuerpflichtigen Städte, um von dem Staate die Übernahme der Polizeikosten, eb. die Übergabeung der Gebäudesteuern zu verlangen, wurde angenommen, dagegen lehnte die Versammlung den Vorschlag ab, wonach bei den künftigen Arbeiten für ein neues Regulatib der Communalsteuer auch eine Haushaftsteuer in Aussicht genommen werden soll. — Von großem Interesse, namentlich gegenüber der von der Niederschles. Flz., in jüngster Zeit inszenirten Agitation für Einführung einer kürzeren Umlaufszeit in den städtischen Posten, ist ein den Finanzvorlagen beigegebenes Gutachten der Post-Deputation 15. April c. über die Fragen, welche Natural- und Gelderträge aus den städtischen Posten zu erwarten stehen, ob es nicht angängig ist, durch eine Reduzierung der Umlaufszeit einen dauernd höhern Ertrag in Aussicht nehmen zu können, und mit welchem Gesamtverlust die Görlitzer Communalhafe anzusprechen ist. Nach Ausweis des neuesten Wirtschaftspläne waren von 98,504 Morgen Holzboden, 4391 Blöcken, 20,751 mit 1—20jährigem, 18,691 mit 21—40jährigem, 22,928 mit 41—80jährigem, 19,629 mit 61—80jährigem, 5383 mit 81 bis 100jährigem und 6761 Morgen mit mehr als hundertjähigem Bestande vorhanden. Dieselben ergeben eine voraussichtliche Einnahme von jährlich 151,751 Thlr. im Durchschnitt. Eine Herabminderung der Umlaufszeit kann die Deputation nicht empfehlen, weil durch eine solche Maßregel der Holzeinfuhr, während der Übergangszeit in den ältesten Beständen statisfanden und sie binnen 10 Jahre vollständig aufzräumen würde. Nach Abtrieb dieser alten Hölzer würden die Einnahmen bedeutend sinken müssen, da dann nur Hölzer von 60—90 Jahre vor die Art kommen, die weniger und minder wertvolles Nutzhölz liefern. Die Umlaufszeit von 120 Jahren ist bisher maßgebend gewesen, weil in der Görlitzer Haide auf die Erziehung von Nutzhölz das Hauptgewicht zu legen ist, und weil Kiefernmischholz aus allen Beständen wegen seines Kerns und wegen seines größeren technischen Werthes doppelt so hoch bezahlt wird, als aus 60—80jährigen Hölzern. Schon der alleinige Umstand, daß die Görlitzer Haide vermöge ihrer Bodenverhältnisse und geographischen Lage für die Erziehung von merkbaren auch für den Exporthandel geeigneten Kiefernmischholzern sich ganz besonders eignet, während sie für die Erziehung von hauptsächlich Brennhölzern ebenfalls wegen ihrer Lage in Mitten großer Braborsiten, großer Toise und Braunkohlenlager wieder sehr ungeeignet ist, spricht dafür, die Kiefernmischholz aus guten Böden mindestens ein Alter von 100—120 Jahre erreichen zu lassen. Die Erziehung aus dem letzten Windbruch, wo es sich nur um die Verwertung eines viersachen jährlichen Holzeintrags handelt, hat überdies gelehrt, daß selbst mit einem kernigen Holze der Brennholzmarkt leicht überfüllt werden kann und dann sofort die Preise zurückgehen, während sich das Nutzhölz den Preis durch den Absatz in entfernter Gegend erhalten hat.

3 Görlitz, 25. Juni. [Wasserstroh. — Bauter. — Gewitter.] Wie durchaus berechtigt der Beschluss der Stadtverordneten ist, die für ein Wasserkunstwerk bestimmte Viertelmillion nicht abzugeben, beweist eine gestern erschienene Verordnung des Magistrats, welche bis auf Weiteres die Entnahme von Wasser aus den öffentlichen Brunnen und Rohrleitungen zu anderen als häuslichen Zwecken bei Vermeidung executiveischen Einschreitens untersagt, weil der Mann an Wasser die Belästigung der Bevölkerung notwendig macht. Diese Calamität ist jetzt nun schon wiederholt eingetreten und wird diesmal voraussichtlich wieder zu lebhaften Verhandlungen wegen der Errichtung eines Wasserwerks führen, welche schließlich im Sande verlaufen, wenn nicht die dringendste Not vorüber ist, wenn nicht der Magistrat diesmal die Gelegenheit wahrnimmt, die Stadtverordneten in einer Weise zu engagieren, daß sie nicht mehr zurückdünnen. In der Versammlung stehen sich nämlich die Anhänger der Quellwasserleitung und des Hebewerkes noch ebenso scharf gegenüber, wie zu Anfang der Verhandlungen, und das ist der Grund, weshalb Görlitz weder die eine, noch die andere hat. — Die gegenwärtig eingetretene glücklichere Conjuratur für Bauunternehmer versucht der Magistrat zu Gunsten der Stadt zu benutzen. Es schreibt sowohl die Erdarbeiten zum Bau der Mittelschule als zur Verlängerung der Kröllstraße, als die Maurerarbeiten zur Herstellung der Fundamente der Mittelschule bis zur Plinthenhöhe bis zum 30. Juni aus. — Wir haben in der letzten Zeit öfter starke Gewitter gehabt. Eins am gestrigen

Spätnachmittage hat in dem benachbarten Dörfchen Gessendorf den höhernen Thurm der Kirche stark beschädigt, aber weder Orgel, noch Uhr, noch Glocken versieht.

* Giesmannsdorf, Kreis Bunzlau, 22. Juni. [Siegesdenkmal.] Heute stand hier die Enthüllung des von der Giesmannsdorfer Gemeinde zum Andenken an die Siege von 1866, 1870 und 71 errichteten Denkmals, begünstigt von dem schönsten Wetter und unter reger Beteiligung von nah und fern statt. Das wohl gelungene 30 Fuß hohe Monument, bestehend aus Soden, mit den in Goldschrift ausgeschriebenen Namen der 13 aus biegsigem Ort Gefallenen und einer corinthischen Säule, welche einen in Stein ausgeschauenen mächtigen vergoldeten Adler trägt, wurde von dem hiesigen Pastor Geldner auf Grund 1. Sam. 7 geweiht zu einem Gedenkstein an Gottes reiche Barmherzigkeit, zu einem Deckstein auf den Gräbern der Gefallenen, zu einem Schrein für alle Feinde deutscher Einheit und zu einem Wedstein für Mit- und Nachwelt im Streben nach allem Guten, Wahren und Schönen! Die ausgebrannten Toaste galten Sr. Majestät dem deutschen Kaiser, Sr. K. Königlichen Höhe dem deutschen Kronprinzen, Fürsten Bismarck, Generalfeldmarschall Moltke und Ministerpräsidenten Grafen Roon. Ein solenes ländliches Fest im Freien schloß die Feier. — Die hiesige Gemeinde hat aus eigenem Antrage das Gehalt eines jeden der beiden Adjutanten um 40 Thlr. erhöht, so daß dieselbe bei freier Station auf 100 Thlr. zu veranschlagen ist.

P. Liebau, 24. Juni. [Gasanstalt. — Schützen. — Concert.] Als der Bau der biegsigen Gasanstalt vollendet war, glaubten wir, gesetzt auf die Verträge, welche der Gasfabrikant Herr Dr. Chr. Pippig aus Gogolin mit der Stadt geschlossen hatte, daß die Verhältnisse nun bestens geregelt und in diesen Verträgen der Stadt das für einen bestimmten Preis stipulierte Vorlaufrecht gehörig gesichert sei. Herr Pippig hat sich jedoch bewogen gefühlt, die Anstalt plötzlich zu verkaufen. Da nun aber diese Verträge trotz langen Unterhandlungen zwischen dem Magistrat und dem Besitzer aus ganz unbegreiflichen Gründen nicht zur Eintragung im Grundbuch gelangen konnten, so sehen wir uns jetzt dem Käufer der Anstalt gegenüber, für den die auf diese Weise mit seinem Besitzvorgänger geschlossenen Verträge nicht rechtsverbindlich sind, in der Lage, nicht nur eines Rechtes verlustig gegangen, sondern auch bezüglich des Gaspreises in die Hände des Besitznachfolgers geliefert zu sein. Der jetzige Besitzer der Anstalt soll bereits beobachtigen, dasselbe anderweitig zu verkaufen. Jedenfalls bieten solche Vorgänge hinreichend belebendes Material für andere gasbedürftige Communen. — Gestern früh wurden unsere Bürgergesellen nach dem vereisten Ritus ihres Reglements durch Generalmarie zur Abhaltung ihres Königschießens gerufen, welches nun darin bestand, daß dieselben in corpore mit Musket zunächst zur Messe in die katholische Kirche und von da zu einem gemeinschaftlichen Frühstück marschierten. Abends beschloß der übliche Schützenball das Fest — natürlich ohne daß ein Schuß gethan worden. So sonderbar dies liegt, so buchstäblich wahr ist es. — Das Ganze bot unverkennbar das Bild einer doppelten Demonstration. Eines Teils nämlich durch den geräuschvollen Aufzug zur Kirche, dessen Inszenierung wohl aus dem ultramontanen Lager, als Antwort auf die jüngsten Zusammenstöße, hervorgegangen zu sein scheint, anderertheils durch das in der alten Schießhausrestaurierung stattgehabte ironische Frühstück, da nämlich die Schützen mit dem Grundbesitzer ihrer bisherigen Schießstätte, dem Commerciatrat Willard in Folge eines großen Prozesses total zerstellt sind. Die Bahn hatte das betreffende Grundstück zwischen Schießstätte und Angestraße durchschnitten. Die Gilde hat nun gegen den Grundbesitzer auf Entschädigung gellagt, verlor aber den Prozeß und besitzt jetzt kein Terrain zur Abhaltung ihres Schießens. — Zum Beisten der Abgebrannten in Festenberg hatten Vorgetragen die Diensttanten und Muster unserer Stadt ein Instrumentalconcert im Klein'schen Saale veranstaltet, dessen Ausführung als überauswendig gelungen bezeichnet werden kann. Bei zahlreicher Beihilfe und Unterstützung des Publikums konnte ein ganz hübscher Ertrag für die Abgebrannten erzielt werden.

F. Frankenstein, 22. Juni. [Landwirthschaftliches.] Die am 19. cr. in Münsterberg auf dem Reitplatz abgehaltene Sitzung des Camener landwirthschaftlichen Vereins muß in jeder Beziehung als höchst gelungen betrachtet werden. Das Unternehmen war vom berühmten Weiter begünstigt und von Seiten der Rauhalter-Besitzer der Kreise Frankenstein und Münsterberg durch sehr rege Beteiligung unterstützt. Es waren 85 Sitzen und etwa 200 Zuhörer zur Schau gestellt, von denen man wohl sagen kann, daß es zum überwiegend größten Theil gute und wirklich sündige Exemplare waren. Allgemeines Erstaunen erregte das Vorführen einer Stute mit 5 Fohlen des Herrn Rittergutsbesitzer Pilz auf Ladewitz. Unter solchen Verhältnissen hatte die Prämitrungs-Commission keine leichte Aufgabe, welche jedoch nach vielsachen Neuhebungen aus dem beteiligten Publikum, auf eine streng gerechte, von tiefer Sachkenntniß zeigender Weise gelöst wurde. Der Herr Land-Stallmeister Groß Stülpnig war nicht erschienen. Dank der Umfridt des Vorstandes und speziell der vom Schriftführer Herrn Guisebiger Drescher aus Liebenau sehr praktisch eingerichteten Vorarbeiten begann die eigentliche Schau schon um 9½ Uhr, und gegen 1 Uhr waren sämmtliche Prämien ausgedehnt. Alles ging glatt, ohne Störung, ohne Verwechslung. Zur Verhöhnung gelangten im Ganzen 45 Prämien, und zwar bestanden 30 Prämien in Freideckchen und 15 Prämien in Geld (1 bis 10 Thlr. im Ganzen 45 Thlr.) mit Freideckchen. Die erste Prämie erhielt Dominium Ladewitz; außer welchem nur noch 1 Dominium Ober-Beilau I p. Gnadenfrei, vertreten war und ebenfalls prämiert wurde. Die meisten Prämien erhielten die Herren Bauer-gutsbesitzer aus Ulrichs bei Briborn. Die vorhandenen Geldmittel bestanden in 50 Thaler vom Central-Verein, 15 Thlr. von dem Land-Gesell in Lebus und ca. 130 Thaler vom Camener Verein. Nach Beendigung der Schau und nach stundenlanger Arbeit bei trockner Hitze und Trockenheit wurde im „Rautenkranz“ ein gemeinschaftliches Mahl eingenommen, bei welchem der Vorsitzende des Vereins, Herr Hauptmann Mündner aus Altmühlendorf wie unter austrichtigen Parteien üblich, den ersten Toast auf Sr. Majestät den Kaiser ausdrückte. Frohlock und Herzlichkeit wünschte das Mahl, so daß die Vereinsgenossen sich erst um 6 Uhr abends trennten. Möge ein so gemeinschaftiges Unternehmen zum Wohle des Vereins-Bezirks öfter wiederkehren.

9. Neisse, 24. Juni. [Clerical Wahlversammlung. — Concert.] Die Deputation nicht empfehlen, weil durch eine solche Maßregel der Holzeinfuhr, während der Übergangszeit in den ältesten Beständen statisfanden und sie binnen 10 Jahre vollständig aufzräumen würde. Nach Abtrieb dieser alten Hölzer würden die Einnahmen bedeutend sinken müssen, da dann nur Hölzer von 60—90 Jahre vor die Art kommen, die weniger und minder wertvolles Nutzhölz liefern. Die Umlaufszeit von 120 Jahren ist bisher maßgebend gewesen, weil in der Görlitzer Haide auf die Erziehung von Nutzhölz das Hauptgewicht zu legen ist, und weil Kiefernmischholz aus allen Beständen wegen seines Kerns und wegen seines größeren technischen Werthes doppelt so hoch bezahlt wird, als aus 60—80jährigen Hölzern. Schon der alleinige Umstand, daß die Görlitzer Haide vermöge ihrer Bodenverhältnisse und geographischen Lage für die Erziehung von merkbaren auch für den Exporthandel geeigneten Kiefernmischholzern sich ganz besonders eignet, während sie für die Erziehung von hauptsächlich Brennhölzern ebenfalls wegen ihrer Lage in Mitten großer Braborsiten, großer Toise und Braunkohlenlager wieder sehr ungeeignet ist, spricht dafür, die Kiefernmischholz aus guten Böden mindestens ein Alter von 100—120 Jahre erreichen zu lassen. Die Erziehung aus dem letzten Windbruch, wo es sich nur um die Verwertung eines viersachen jährlichen Holzeintrags handelt, hat überdies gelehrt, daß selbst mit einem kernigen Holze der Brennholzmarkt leicht überfüllt werden kann und dann sofort die Preise zurückgehen, während sich das Nutzhölz den Preis durch den Absatz in entfernter Gegend erhalten hat.

-r. Namslau, 24. Juni. [Biehmarkt. — Industrie-Unterricht. — Schulen-Revisionen.] Noch mehr Unglücksfälle. Bei dem gestern hier abgehaltenen Biehmarkt waren ausgetrieben circa 80 Stück Pferde, 150 Stück Ochsen, 300 Stück Kühe, 700 Stück Schwarzwieh, 1300 Stück Schafe und 6 Stück Ziegen. Der Viehdeutsch war darum ein so unbedeutender, als auf demselben Tage der Pferdemarkt in Breslau stattfand. Von den zahlreich erschienenen Käufern wurde namentlich Hindvieh in bedeutendem Umfange und zu sehr hohen Preisen angefragt. Seitens der Königl. Regierung ist, wie verlautet, an den hiesigen Magistrat und an die Schulen-Deputation die Anfrage gerichtet worden, ob es wünschenswert sei daß der von den Ordensschwestern „zum heiligen Herzen Jesu“ bisher erhaltene Industrie-Unterricht auch noch weiter ertheilt werden soll, und soll diese Fraue, wenn Reersetzt, gut unterrichtet werden. — Der Convict des sieben Königlichen Gymnasiums soll, wie man allgemein erzählt, am 1. Oktober aufzöpfen. Diese Auordnung der Regierung muss sich um so mehr des allzeitigen Beifalls erfreuen, als von den 7 oder 9 Convictoristen 11 prächtige Räume des Gymnasiums belegt wurden, die so für Lehrerwohnungen frei werden.

-r. Görlitz, 25. Juni. [Wasserstroh. — Bauter. — Gewitter.] Wie durchaus berechtigt der Beschluss der Stadtverordneten ist, die für ein Wasserkunstwerk bestimmte Viertelmillion nicht abzugeben, beweist eine gestern erschienene Verordnung des Magistrats, welche bis auf Weiteres die Entnahme von Wasser aus den öffentlichen Brunnen und Rohrleitungen zu anderen als häuslichen Zwecken bei Vermeidung executiveischen Einschreitens untersagt, weil der Mann an Wasser die Belästigung der Bevölkerung notwendig macht. Diese Calamität ist jetzt nun schon wiederholt eingetreten und wird diesmal voraussichtlich wieder zu lebhaften Verhandlungen wegen der Errichtung eines Wasserwerks führen, welche schließlich im Sande verlaufen, wenn nicht die dringendste Not vorüber ist, wenn nicht der Magistrat diesmal die Gelegenheit wahrnimmt, die Stadtverordneten in einer Weise zu engagieren, daß sie nicht mehr zurückdünnen.

muthige Pferd wollte ihm hierbei nicht pariren und Koschig versetzte ihm dieserhalb einige Peitschenhiebe. Das hierüber wild gewordene Pferd schlug nach allen Richtungen hin aus und traf den r. Koschig so unglücklich an Brust und Kopf, daß er zusammen stürzte und nach wenigen Augenblicken verschieb.

S. Zabrze, 24. Juni. [Zustände.] Der hiesige Ort, der wahrscheinlich mit dem 1. t. M. die Verwaltung unseres neuen, gewiß nicht kleinen Kreises erhalten darf, gehört wohl mit seinen ca. 18,000 Einwohnern zu den berühmtesten der oberösterreichischen Industriegegenden. Durch die immense Arbeiterverbüllung, die dadurch bedingten zahlreichen Beamten, die hohen Löne und Verdiente, herren die Lebensmittelpreise, die an Höhe fast noch diesjährigen Ihrer Residenz übertreffen. Trotzdem sind Arbeiterfamilien so gestellt, daß dieselben ihre Einkäufe nicht auf die notwendigen Lebensmittel allein beschränken, sondern auch Gegenstände kaufen die dem Wohlgefallen, ja das Delikatessen angehören. Die Preise spielen hierbei keine Rolle. Die Wochenmärkte sind aber auch von Käatern und Verkäufern — letztere auch aus weiter Ferne — sehr frequentiert, daß manche Stadt sich seltsame Jahrmarkte wünschen könnte. Es ist aber auch alles zu zu verkaufen. Zur Beurtheilung der Höhe der Verdienste diene das Factum, daß die hier zahlreich arbeitenden Italiener, die im Steinarbeit besondere Geschicklichkeit entwickeln sollen — monatlich 100—180 Thlr. auch einzelne darüber, verdienen. — Das der Verkehr ein äußerst lebendiger ist, versteht sich von selbst. Die größte Frequenz herrscht auf der Kronprinzenstraße — Chaussee nach Gleiwitz — und ist daher höchst wünschenswert, daß die allem Anschein nach bald vollendete Unterführung dieser belebten Straße unter die sie kreuzende Linie der Oberschles. Eisenbahn, dem Verkehr baldig übergeben werden könnte. Nicht nur die zahlreichen Eisenbahngüter allein gefahren diese Kreuzungsstelle, sondern die Nähe des Bahnhofes bringt ein fortwährendes Rangieren der Güterzüge, die manchmal unendlich lang sind. Man denkt sich die beiden Seiten der Linie abgesperrt, während Männer, Frauen, Kinder, Pferde und Wagen an beiden entgegengesetzten Seiten sich ansammeln, das Freiwerden der Straße erwartend. Nach langem Harren geschieht dies endlich, es fahren nun von beiden Seiten gegenüber untereinander: Herren und Damen, Arbeiter, Lastträger, Karrenschieber, Lastwagen und leeres Gespann, Equipagen u. s. m. Alles eilt, um den gefährlichen Punkt hinter sich zu haben, denn — kaum ein Paar Schritte entfernt preist die Lokomotiven ungebührlich, um ihre Kreuz u. Querzüge fortzuführen. — Es ist wahrlich zu verwundern, daß Unglücksfälle an dieser Stelle, die oft täglich viele Male zu passiren hat, — zu den Seitenheiten gehören. Allerdings sind die passierten Wächter sehr aufmerksam und sehr energisch.

○ Nicolai, 24. Juni. [Schützenfest. — Verordnung. — Fabrik.] Der Vorstand des hiesigen Schützen-Vereins ist gegenwärtig lebhaftest mit den Vorarbeiten für das am 6. und 7. t. M. hier zu feiernde oberösterreichische Vereins-Schützenfest beschäftigt, zu welchem aus ungefähr 15 Städten Oberschlesiens bis jetzt etwas über 200 Theilnehmer angemeldet sind. Alle Vorbereitungen, um den auswärtigen Schützen den Empfang und den Aufenthalt hier selbst so angenehm als möglich zu machen, sind getroffen, und die früher etwa gelegten Bedenken, daß untere Stadt sich zur Feier eines Festes von größeren Ausdehnungen nicht geeignet sei, müssen den energetischen Bemühungen des Leiter unserer Schützengilde gegenüber schwanken. Als Festplatz ist das der hiesigen Stadtgemeinde gehörige und durch den Schönungsbund ausserordentlich in einen lieblichen Außenhof umgewandelte Charlottenhof ausgesucht. Für Unterhaltung ist durch Engagement einer Militär-Musikkapelle, an deren Concert sich am Abende des ersten Festtages ein brillantes Feuerwerk anschließen wird, und für die Naturalversteigerung in so austrichtendem Maße gesorgt, daß nicht nur die Festgenossen, sondern auch viele Gäste vollständig Befriedigung finden werden. Um so mehr wird einer recht zahlreichen Bevölkerung, insbesondere seitens der Schützen, entgegenzusehen. Soeben publizieren die hiesigen städtischen Behörden eine neue, hier sehr willkommen gehaltene Ortsstatutierung, wonach die Allegorie von Kellerbäumen, Treppen, Böden und Schülern ic. welche über die Frontlinie des Hauses hinaus auf den Bürgersteig reichen, ferner nicht mehr statthaft sind, und die Hausbesitzer verpflichtet werden, auf dem vor ihrer Bestellung befindlichen Bürgersteige, insoweit es von der Ortspolizei-Behörde

Berliner Börse vom 25. Juni 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10	4	140	bz.
do. do.	2	4	138 ^{1/2}	bz.
Augsburg 100 Fl.	2	5	56 ^{1/2}	G.
Frankfurt 100 Fl.	2	5	—	
Leipzig 30 Thlr.	5	5	99 ^{1/2}	G.
London 1 Lst.	3	5	61 ^{1/2}	bz.
Paris 200 Frs.	10	5	79 ^{1/2}	bz.
Petersburg 100 R.	3	5	88 ^{1/2}	bz.
Warschau 50 R.	8	5	80 ^{1/2}	bz.
Wien 150 Fl.	8	5	89 ^{1/2}	bz.
do. do.	2	5	88 ^{1/2}	bz.

Fonds und Geld-Course.

Freib. Staats-Anleihe	4 ^{1/2}	99 ^{1/2}	G.
Staats-Anl. 4% 1/2	4 ^{1/2}	104 ^{1/2}	bz.
dito consolid.	4 ^{1/2}	96 ^{1/2}	G.
dito 4% 1/2	4 ^{1/2}	97 ^{1/2}	G.
Staats-Schuldscheine	3 ^{1/2}	99 ^{1/2}	G.
Präm. Anleihe v. 1858	3 ^{1/2}	125 ^{1/2}	B.
Berliner Stadt-Oblig.	4 ^{1/2}	100 ^{1/2}	bz.
Berliner P. 100 R.	3 ^{1/2}	99 ^{1/2}	bz.G.
Pommersche	3 ^{1/2}	61	bz.
Schlesische	3 ^{1/2}	89	bz.G.
Kur.-u. Neumark	4 ^{1/2}	93 ^{1/2}	bz.
Pommersche	4 ^{1/2}	94 ^{1/2}	bz.
Posenische	4 ^{1/2}	94 ^{1/2}	bz.
Preussische	4 ^{1/2}	94 ^{1/2}	bz.
Sachsen-Anhalt	4 ^{1/2}	95 ^{1/2}	bz.
Sächsische	4 ^{1/2}	94	bz.
Badische Präm.-Anl.	4	109	bz.
Baierische 4% Anleihe	4	111	B.
Cöln-Mind. Prämiensch	3 ^{1/2}	92 ^{1/2}	bz.G.

Kurs. 40 Thlr.-Loose 69^{1/2} bz.
Radische 35 Fl.-Loose 38^{1/2} B.
Frauenchw. Främ.-Anl. 23^{1/2} bz.G.
Oldenburger Loose 37^{1/2} bz.B.

Louis'dor 110 R. Dollars 1.11^{1/2} G.
Sovereigns 6.21^{1/2} G. Frdne. Bkn 99^{1/2} bz.
Napoleons 5.10 bz Oest. Bkn 88^{1/2} bz
Imperiale 5.15 G. Russ. Bkn 80^{1/2} bz

Hypothesen-Certificate.

Künd. Cent.-Bod. Cr.	5	100	bz.
Unkünd. dito (1872)	5	101 ^{1/2}	bz.
dto. rückw. a 110	5	105 ^{1/2}	bz.
dto. dito	4 ^{1/2}	96 ^{1/2}	bz.
Unk. H. d. Pr. B. Crd. B	5	97 ^{1/2}	bz.
dto. III. Em. dito	5	97 ^{1/2}	bz.
Künd. Hyp.-Schuld d	5	96 ^{1/2}	bz.
Hyp. Anth. N.-G.-C.-B.	5	101 ^{1/2}	bz.
Pomm. Hypoth. Brie	5	100 ^{1/2}	bz.
Goth. Präm. Pf. I. Em.	5	104 ^{1/2}	bz.
dto. dito. II. Em.	5	101 ^{1/2}	bz. G.
Oest. Silberstandart	5 ^{1/2}	—	G.
dto. Hyp.-Ord.-Pfd.	5	—	
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp. B	4 ^{1/2}	100	bz.
Pfd. d. Oest.-Cr. d. Cr.	5	90	bz.B.
Südd. Bod. Cred. Pfandb	5	100	bz.
Wiener Silberpfandb.	5 ^{1/2}	—	

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berlin-Görlitz	5	104 ^{1/2}	bz.
Berlin Nordbah	—	5	56 ^{1/2} G.
Breslau-Warthe	5	—	46 ^{1/2}
Halle-Sorau-Guben	5	24 ^{1/2}	50
Hannover-Altenb.	5	—	83 ^{1/2} bz. G.
Königsf.-Oderberg	5	5	72 ^{1/2} bz.
Ludwigs.-Ber.-B.	5	5	72 ^{1/2} bz. G.
Märk.-Posener	11 ^{1/2}	11	187 ^{1/2} bz.
Magdeb.-Halberst.	8 ^{1/2}	8	60 ^{1/2} bz.
Magdeb.-Leipzg.	14	12	254 ^{1/2} bz.
do. Lit. B.	4	4	96 ^{1/2} bz.
Mahn.-Ludwigs.	11	10	165 ^{1/2} bz.
Nordrich.-Märk.	4	4	95 ^{1/2} bz.
Obersches. A. u. O.	13 ^{1/2}	13 ^{1/2}	179 ^{1/2} bz.
Westf. u. Rhoen	5	5	154 ^{1/2} bz.
do. D.	13 ^{1/2}	13 ^{1/2}	189 ^{1/2} bz.
Oest.-Fr. St.-B.	12	10	55 ^{1/2} a200bz.
Oest.-Nordbahn	5	5	124 ^{1/2} bz.
Oest.-Süd. St. B.	4	4	113 ^{1/2} a44 bz.
Ostpreuss. Süd.	0	0	42 ^{1/2} B.
Bechte. O.-U.-Bahn	3	6	123
Reichenberg-Erd.	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	69 ^{1/2} bz.
Rhein-Nahe-Bahn	10	9 ^{1/2}	144 ^{1/2} bz.
Rhein-Rhine-Bahn	0	0	36 ^{1/2} bz.
Switzerland	5	38 ^{1/2}	40 ^{1/2} bz. G.
Stargard.-Posener	4 ^{1/2}	4 ^{1/2}	99 ^{1/2} bz.
Thüringer	10 ^{1/2}	5	136 ^{1/2} bz.
Warschau-Wien	12 ^{1/2}	5	82 ^{1/2} bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Angl.-Deutsch.Elk.	—	74 ^{1/2}	5
Allg.-Deut.Hand.-G.	—	97 ^{1/2}	5
Berliner Bank	15	14	95 ^{1/2} bz.
Berl. Bankver.	16	15	119 ^{1/2} bz.
Berl. Kassen-V.	12 ^{1/2}	29 ^{1/2}	284 ^{1/2} G.
Berl. Hand.-Ge.	12 ^{1/2}	12 ^{1/2}	143 bz.
Berl. Lombard-B.	5	11 ^{1/2}	70 G.
Berl. Makler-B.	25 ^{1/2}	11	92 bz.
Berl. Prod.-Makl.-B.	—	8 ^{1/2}	95 ^{1/2} bz.G.
Berl. Wechselbank	12 ^{1/2}	0	48 ^{1/2} bz.G.
Braunschweig. Bank	8 ^{1/2}	8 ^{1/2}	115 bz. G.
Bresl. Disa. B.	13	10	92 ^{1/2} bz. B.
Bresl. Handels-Ges.	—	9	5
Bresl. Maklerbank	—	30	101 ^{1/2} B.
Bresl. Märk.-Vor.-B.	4 ^{1/2}	7	94 ^{1/2} bz.
BrsProv.-Wechselb.	12	12	28 ^{1/2} bz.G.
Centr. Wochenschr.	12	14	111 ^{1/2} bz. G.
Obser. Cred.-B.	10	7	89 ^{1/2} b. G.
Damager Priv.-B.	7	7	141 ^{1/2} P.
Darmst. Creditd.	15	15	168 ^{1/2} P.
Darmst. Zettelsbank	8	7	104 bz.
Dessauer	—	fr.	133 ^{1/2} G.
Deutsche Bank	8	8	91 ^{1/2} o.
Deutsche Union-B.	11 ^{1/2}	24	88 ^{1/2} G.
Disco.-Com.-A.	24	27	234 bz.
Genfor Bank	—	fr.	37 ^{1/2} .
Görlitzer-Bank	10	10	132 ^{1/2} bz. G.
Goth.-Grundst.-B.	9	9	106 ^{1/2} bz. G.
Hamb. Nord. Bk.	12 ^{1/2}	13 ^{1/2}	151 ^{1/2} b. G.
Hed.-Vereins-B.	11 ^{1/2}	13 ^{1/2}	121 G.
Hannover'sche do.	5 ^{1/2}	69 ^{1/2}	104 ^{1/2} bz. G.
do. Disconto-B.	—	5	73 bz.B.
Hessische Bank	—	6 ^{1/2}	71 ^{1/2} bz. B.
Königsberger do.	11	8	79 ^{1/2} bz.
Ländw.-B. K. Kredit	14	—	74 ^{1/2} G.
Leipzg. Credit-B.	11	15	165 ^{1/2} bz. G.
Luxemburg. B.	12	12	123 ^{1/2} bz. G.
Magdeburger do.	5 ^{1/2}	5	107 ^{1/2} G.
Moliniger Lds.-Bk.	6	12	128 ^{1/2} bz. G.
Hirsch.-Casseler	12	15	45 G.
Nordl. Gründner-B.	8	13 ^{1/2}	102 ^{1/2} bz. G.
Oberlausitzer B.	10 ^{1/2}	8 ^{1/2}	88 ^{1/2} bz.
Oest. Crédit-Action	17 ^{1/2}	18 ^{1/2}	157 ^{1/2} a9 ^{1/2} bz.
Oest. Deutsche Bank	—	8	72 ^{1/2} bz. G.
Oest. Produktions-B.	8 ^{1/2}	6 ^{1/2}	66 G.
Posen. Bank	64 ^{1/2}	6 ^{1/2}	107 ^{1/2} G.
Poss. Prov. Wechselb.	8	8	41 ^{1/2} bz.B.
Preuss. Crédit-B.	12 ^{1/2}	13 ^{1/2}	